

für Halle monat. bei zweimon. Zahlung 7.— M., vierteljähr. 21.— M. u. Zustellungsgebühr, i. d. Ausgabestellen abgedr. 12.— M. monat., durch umf. answärt. Zustellungen bei tägl. einmal. Zustell. 6.— M. u. Bestellgeld, auch die Post monat. 9.25 M., vierteljähr. 27.75 M. einsch. Zustellungsgebühr. Bestellung nehmen alle Postanstalten an. Fam. Zeitungsverzeichnis. Saale-Zeitung, für unregelmäßigen Eingang. Manuskripte sind keine Gebüh. übernommen. Nachdruck nur n. Quellenang. Saale-Zeitung gest. fern. der Geschäftsleitung Nr. 1149, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Saale-Zeitung

Die 8 gelbteilen 34 mm breite Millimeterzeile oben oben Raum 70 Dr.-Familien u. kleine Anzeigen/primeo/Collegienanforderungen 40 Pf/Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 5.— Mark. Bei Wiederholung Ermäßigung lt. der Anzeigenbedingungen. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheinungstags 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Halle, Die Brennerstraße 1a, C. Braunauerstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 226 15.

Die Völkerbundsentscheidung fertiggestellt.

Die Teilung Oberschlesiens beschlossene Sache — Bekanntgabe der Entscheidung voraussichtlich Sonnabend — Das Reichskabinett vor der Demission.

Der Teilungsplan.

Genf, 12. Oktober. Das Gutachten des Völkerbundes über die obereschlesische Frage ist fertiggestellt. Es gelangte noch heute abend an den Obersten Rat. Privatmitteilungen über die Grenzlinie in Oberschlesien wurden bisher vom Völkerbundsekretariat demontiert. Es bestätigt sich, daß die gestern übermittelten Angaben des VVB. im allgemeinen zutreffen. Der Rat schließt heute die Genfer Tagung ab, nachdem er am vormittag noch eine lange Diskussion abgehalten hat. Am Nachmittag sollen noch einige Besprechungen stattfinden. Abends verlassen die meisten Mitglieder des Rates bereits Genf, falls nicht noch unvorhergesehene Verzögerungen eintreten, was unwahrscheinlich ist. Von einer öffentlichen Sitzung, die in den Kreisen des Sekretariats gewünscht wird, will man absehen, dagegen wird das Informationsbüro des Völkerbundes, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, abends eine längere Mitteilung über den Verlauf der Tagung ausgeben, die jedoch keinerlei Angaben über die Lösung selbst enthält. Der Oberste Rat bzw. die Vorkonferenz sollen morgen zur Prüfung des Gutachtens des Völkerbundes in Paris zusammenkommen; gleichzeitig sollen die notwendigen Polizeimaßnahmen in Oberschlesien getroffen werden. Wenn alle Vorkehrungen beendet sind, wird das Gutachten des Völkerbundes als Beschluß des Obersten Rates veröffentlicht. Man rechnet damit, daß die Veröffentlichung am Sonnabend oder Sonntag gleichzeitig in den Hauptstädten der Entente und in Genf erfolgt.

Paris, 12. Okt. Der Genfer Korrespondent der Temps teilt mit: Die Grenzlinie Oberschlesiens, die der Völkerbund vorzuschlagen beabsichtigt, scheint jetzt wie folgt zu verlaufen:

1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Pleß, Insekomat und Rappin zum größeren Teil;
 2. Das Industriegebiet wird unter die beiden Länder geteilt. Deutschland erhält die westlichen Kreise des Bedens, Gleiwitz und Hindenburg sowie Reußen-Stadt, Polen erhält die Kreise Rönigschütze, Reußen-Land, Rattowitz Stadt und Land;
 3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Tarnowitz und Lublitz werden in ihrem östlichen Teile Polen, in ihrem westlichen Teile Deutschland zugesprochen;
 4. Deutschland behält die anderen obereschlesischen Kreise im Norden, Westen und im Zentrum, also Rosenburg, Kreuzburg, Großkreutz, Oppeln und Tost, Kofel, Oberglogau, Weobschütz und Warthau.
- Paris, 12. Oktober. (Eigene Drahtung.) Nach den Meldungen, die im Laufe der Nacht und heute Morgen aus Genf eingelaufen sind, hat der Völkerbund einen einstimmigen Beschluß über die Teilung des obereschlesischen Industriegebietes gefaßt. Es heißt aber, daß der Plan des halberneinigen Kohlenstaates, der in den Völkerbunds-Kreisen noch gestern herumspitzte, in den letzten Stunden doch fallen gelassen wurde. Dessen ungeachtet scheint es, daß die Lösung für Deutschland doch ungenügend ausfallen werde. So weiß der gut unterrichtete Korrespondent des „Daily Telegraph“ zu melden, daß der Völkerbund den Alliierten empfehlen werde, Gleiwitz, Tarnowitz und Reußen in Deutschland zurückzugeben, dafür aber Rattowitz und die rein deutsche Stadt Rönigschütze Polen zurückzugeben.

Basel, 12. Oktober. (Eigene Drahtung.) Die Batelet Nachrichten melden aus Genf: Der Verrater beabsichtigt sich in den letzten Tagen mit der Frage der Bildung und Organisation einer internationalen Kommission in Oberschlesien, die die Aufgabe hätte, nach der erloschen Teilung des obereschlesischen Industriegebietes in der Ubergangszeit der nächsten Jahre den ungestörten Fortgang der industriellen Tätigkeit des ganzen Industriegebietes zu sichern. Während nach der Bestimmung zu einer arbeitslosen Teilung des Industriegebietes zwischen Polen und Deutschland die beiden Staaten mit den ihnen zugewiesenen Landesteilen auch sofort die politische Macht übernehmen würden, hätte die Kommission gewissenmaßen als Verbindungsglied zwischen den politisch getrennten, wirtschaftlich aber miteinander angegliederten und verknüpften Gebieten zu walten und zu verbinden, daß in Folge der politischen Teilung ein Stöden in der Produktion und damit großer wirtschaftlicher Schaden für Oberschlesien entstände. Die Tatsache, daß die Alliierten sich den Einzelheiten der Aufgaben einer solchen internationalen Kommission befragen, läßt den Schluss zu, daß in der Grundfrage, ob das Industriegebiet geteilt werden soll oder nicht, bereits eine Entscheidung im Sinne der Teilung getroffen worden ist.

Die Stadt Rattowitz hat bereits in einem Telegramm an den Völkerbund und die alliierten Regierungen gegen ihre Anhebung an Polen Einspruch erhoben.

Das Kabinett in Erwartung der Entscheidung.

Berlin, 12. Oktober. (Amstich.) In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab Reichkanzler Dr. Brüning der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundrat in Genf, soweit sich aus unabweisbaren Nachrichten entnehmen lasse, über das obereschlesische Gebiet in einer Weise verfuhr, die weder der durch die Abstimmung klar zutagegetretenen Willensäußerung der obereschlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht. Treffen diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschen Gleich und deutschen Geist geschaffen worden ist, vom Reiche getrennt und unter fremde Herrschaft gestellt. Diese Vorstellung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volke als Verleumdung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht fähige Entscheidung, sondern unabhägliche Beunruhigungen und Zustimmungen würden die Folge sein. Dem deutschen Wirtschaftskörper würde ein unheilbarer Wunde gefaßt werden. Zusammenfassend erkläre der Reichskanzler: Falls die Entscheidung so fällt, wie u. befürchten ist, so ist eine neue Lage geschaffen, die die Voraussetzungen entscheidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt. Der Reichskanzler hatte das als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Das Kabinett befindet sich also tatsächlich im Stadium der Demission, wenn man sich aus dem Inhalt der Rede, daß der Rücktritt nicht sofort, sondern erst nach Einberufung des Reichstages erfolgen soll. Die Sozialdemokratische Partei hat ihrer Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß für das Kabinett kein ausreichender Grund zu einem sofortigen Rücktritt vorhanden ist. Auch die Demokratische Partei hat sich der Ansicht angeschlossen, daß es verfehlt wäre, überstürzt zu handeln, und empfiehlt dem Kabinett, die Bekanntgabe der Entscheidung des Völkerbundes abzuwarten. Falls der Fall, daß der Reichstag der Regierung das Vertrauen entziehen sollte, würde das Kabinett seine Demission geben.

Der Reichstag soll sofort nach der offiziellen Bekanntgabe der Entscheidung einberufen werden. Besprechungen mit den Parteiführern sind in dieser Richtung bereits gepflogen worden. Die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses kann noch nicht festgelegt werden. Man nimmt an, daß er für morgen vormittag 10 Uhr einberufen werden wird, doch ist es leicht möglich, daß die Einberufung auch noch verschoben wird, wenn die mit morgen anbleiben sollte. Da nach den letzten Meldungen aus Genf am Sonnabend mit einer Bekanntgabe nicht zu rechnen ist, so dürfte die Entscheidung der Frage, ob das Kabinett zurücktritt oder nicht ebenfalls bis Sonnabend verlagert werden.

Eine Kundgebung der deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Die deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände haben an den Völkerbundsrat und an die Regierungen der Alliierten das folgende Telegramm gerichtet: Nach übereinstimmenden Versicherungen der Schweizer, Pariser und englischen Presse hat der Völkerbundrat die Teilung Oberschlesiens beschlossen. Falls dies zutrifft, erheben die deutschen Arbeiter- und Beamtenverbände aller Richtungen ihren Einspruch dagegen. Die unterzeichneten Hauptorganisationen, die insgesamt 14 Millionen deutscher Staatsangehöriger umfassen, haben sich geschlossen hinter das Widerstandsprinzip der Regierung Wehr gestellt. Sie haben das getan, obwohl sie sich bewußt sind, daß die Wirkung der Widerstandsprinzip die größte Arbeit und die größte Entäußerung bedingt. Jede Abkehrung wirtschaftlicher Quellen von Deutschland macht die Durchführung dieses Programms unmöglich und bedeutet zugleich Verleumdung des deutschen Volkes, das bei seiner Bevölkerungsdichte auf weltwirtschaftliche Beziehungen, auf Import und Export angewiesen ist. Eine Teilung Oberschlesiens steht aber auch im Widerspruch mit dem Abkommensgehalt. Sie hätte ferner zur Folge, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands auf alle sich am Artikel 13 des Friedensvertrages ergebenden Maßnahmen verzichten müßte. Die Gerichte, sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erscheinen gebietet, die Befassung Oberschlesiens bei Deutschland.

Der Völkerbund.

Von Dr. Hermann Facknack, M. d. R.

Die Erwartungen, die manche Kreise an den Völkerbund knüpfen, sind unerfüllt geblieben. Zur Annäherung der Staaten an einander, zur Befriedung der Welt hat er bisher nichts beigetragen. Auf seiner nunmehr abgeschlossenen Tagung in Genf ist viel geredet und wenig gehandelt worden. Der internationale Schiedsgerichtshof wurde gebildet, aber in einer Zusammenfassung, die ein rechtes Vertrauen in seine Unparteilichkeit nicht aufkommen kann. 11 Mitglieder von 15 stellte die Entente; ein Deutscher ist überhaupt nicht zugezogen worden. Hier sollte die Stelle sein, wo der Gehalt der Gerechtigkeit thronen, wo der gegenwärtige staatliche Beistand gestrichelt, das Selbstbestimmungsrecht geachtet wird. Wer mag nach den Bedingungen, die Deutschland erlangen mußte und Tag für Tag erfährt, noch glauben, daß der ursprüngliche Plan zur Verwirklichung gelangt!

Nach dem deutschen Vorschlag sollte der Völkerbund durch obligatorische Schlichtung internationaler Streitigkeiten unter Verzicht auf Waffengewalt den dauernden Frieden zwischen seinen Mitgliedern auf die irdische Macht des Rechts gründen und als internationale Arbeitsgemeinschaft dem geistigen und materiellen Fortschritt der Menschheit dienen. Wir hatten einen Entwurf eingereicht, der zugleich einen Staatenkongress, ein Weltparlament und der künftigen internationalen Schiedsgerichtsbehörde vorlag. Der Entwurf ist zurückgewiesen und Deutschland als Mitglied nicht zugelassen worden. Von mehreren Seiten wurde in Genf der Zutritt Deutschlands als erwünscht bezeichnet. Verschiedene Staatenvertreter hatten eingewandt, daß ein Volk von 60 Millionen von einer dertartigen zwischenstaatlichen Einrichtung, die die Kräfte der Staatenwelt bilden soll, unmöglich ausgeschlossen bleiben dürfe. Frankreich erhob aber Widerspruch und setzte alle Hebel in Bewegung, benutzte jeden denkbaren Vorwand, um Deutschland aus der Zukunft fernzuhalten. Unter solchen Umständen wäre ein Antrag des Deutschen Reiches, in den Bund aufgenommen zu werden, vergeblich gewesen und hätte nur mit einer neuen Demütigung für uns geendigt. Die Zeit wird kommen, wo man einseht, daß es ohne uns nicht geht. Diese Zeit wird abgemarteter werden und bis dahin haben wir uns Zurückhaltung aufzuerlegen. Auch Amerika steht dem Völkerbund, so wie er heute ist, mit den größten Zweifeln gegenüber und sucht seine Ziele auf anderem Wege zu erreichen.

Eines der Ziele ist die Abrüstung. Um sie durchzuführen, hat Präsident Harding am 11. August d. J. die Konferenz nach Washington berufen und Einladungen dazu an die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans ergahen lassen. Jeder dieser Staaten leidet wirtschaftlich schwer unter den Rüstungen, die er mit Rücksicht auf die Rivolen glaubt fortsetzen zu müssen. England hätte noch ein Landheer von 341 000 Mann, das sich nur sehr langsam verringert, und dazu eine inzwischen noch verstärkte europäische Armee in Indien. Außerdem wendet es viele Milliarden für seine Seeestreitkräfte auf, um sich von den Vereinigten Staaten von Amerika und von Japan nicht überflügeln zu lassen. Ebenso fieberhaft wird in den beiden letztgenannten Staaten an der Kriegszustellung gebaut, das Alles in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges und finanziellen Unvermögens. Keiner von diesen unter sich verbündeten Staaten traut dem andern. Nur die äußerste Not würde sie zwingen, auf dem abschüssigen Wege einzuhaken. Vorläufig hört man nur platmäßige Erklärungen der Bereitwilligkeit mit dem Vorbehalt, daß eine gegenseitige Ueberwachung stattfinden habe. Der französische Delegierte Robemaire hat sich kürzlich in diesem Sinne geäußert, es sogar für möglich erklärt, daß an der Zeit eines freien und friedlichen Frankreichs ein freies und friedliches Deutschland lebe. Was von solchen Versicherungen zu halten ist, wird man in Washington erfahren, wenn die schon mehrfach erwähnte Konferenz wirklich stattfinden sollte. Stehen aber die maritimen Verhältnisse in Frage, dann kann auch nicht an dem Seebeutrecht vorbegegangen werden, das bisher von England entgegen den Versuchen anderer Staaten, entgegen dem bringenden Vorschlag der Interparlamentarischen Union auf das eifrigste verteidigt worden ist. Ein Freiheit der Meere gibt es solange nicht, als noch ein Reich der Kaperei besteht.

Aber auch in der obereschlesischen Frage hat der Völkerbund verlagert. Man verspricht eine baldige und eine gerechte Lösung. Doch Woche für Woche verging, ohne daß es zu einer Entscheidung kommt und Alles, was bisher über die Tendenz des Schiedspruches verlautet, deutet auf Abschaffung des deutsch landgegebenen Willens der obereschlesischen Bevölkerung hin. Der Schwerpunkt der Entscheidung scheint inzwischen aus dem Völkerbund in die Kabinette von Paris und London gelegt worden zu sein, jedoch auch

Diesmal Gewalt und nicht das Recht das Wort führen würde. Immer wieder muß es der Entente zu Gemüte geführt werden, daß sie nicht nur mit dem Schicksal Österreichs spielt, sondern zugleich mit dem Schicksal der Reichsregierung und damit des ganzen Deutschen Reiches.

Die englische Presse zum oberösterreichischen Problem.

London, 12. Oktober. In einem Leitartikel über Oberösterreich schreibt Daily Chronicle, es mehren sich die Anzeichen, daß der Bälterbund für ein Kompromiß sei. Sowohl Paris als auch Berlin seien in einem Zustand der Erregung. In London sehe man jedoch ein, daß wichtigeres als die Regelung der oberösterreichischen Frage beschloffen werde, nämlich der Ruf, vielleich auch der zukünftige Bestand des Bälterbundes. Daily Chronicle erklärt, England werde den Beschluß des Bälterbundes in lokaler Weise annehmen. Das bedeutet jedoch nicht, daß England nicht versuchen werde, durch rechtmäßige Mittel seinen eigenen Standpunkt durchzubringen. Frankreich wolle, daß die Polen Oberösterreich erhalten, da Deutschland, wenn Polen die Kontrolle über die oberösterreichische Kohle habe und Eisen erhalte, niemals einen Krieg weiter führen könne. Deutschland habe das bessere Recht auf Kohle und Eisen. Sie seien notwendig für den wirtschaftlichen Bestand Deutschlands. Italien schlug in den sogenannten Sozialpartei die Teilung vor. Es verlaute, daß der Interessenschutz des Bälterbundes ein weiteres Kompromiß der politischen Teilung und wirtschaftlichen Einheit vorschlug. Wenn das englische Volk jetzt die Zweckmäßigkeit einer solchen Entscheidung anerkenne, bevor der Bälterbund zur endgültigen Entscheidung komme, die bindend sei, werde es dadurch nur dem Bälterbund selbst und dem Frieden Europas gerecht. Kompromisse seien eine herrliche Sache. Sie könnten jedoch jaghaft sein bis zur Freiheit. Aus diesem Grunde lehne der Bälterbund auf dem Spiel. Die oberösterreichische Frage sei ein Problem zwischen einander deutlich entgegengesetzten Grundrissen. Auf der einen Seite stehe der Grundriss der Unterdrückung der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs, auf der anderen Seite der Grundriss, der dafür eintritt, daß wenn Deutschland Bedingungen für seine Wohlhabenheit vorkommen, die Welt in ihrer wirtschaftlichen sowohl wie politischen Entwicklung nicht zurückgehen.

Daily Chronicle fährt fort: Die Wahl zwischen den beiden Grundrissen sei eine schwere. Sie müsse jedoch getroffen werden, sowohl im Interesse des europäischen Friedens als auch des Wohlergehens Europas auf dem Gebiete des Handels. Es gäbe zwei Arten von richtiger Entscheidung, eine sei der jaghafte Verlust, eine andererseits die Regelung, ohne an die Zukunft zu denken, zusammenzukommen. Sie verändere Frieden zu machen, während sie die Saat neuer Konflikte säe. Die andere trete der Frage mutig gegenüber und fasse sich auf die Geleise, die die Geschichte lehrt. Sie verhandele die Frage in wissenschaftlichen und humanen Geiste. Daily Chronicle sagt: Wir wissen, daß sich der Bälterbund mit dieser zweiten Art von Schiedsgericht identifiziert? Das Blatt fragt, ob der Bälterbund durch jaghafte, inhaltlose Entscheidung der Urheber für künftige Kriege sein wolle oder ob er durch seinen Mut und durch seinen Sinn dafür, was wirksam sei, die Grundlagen für einen dauernden Frieden und für seinen eigenen Aufschwung

wolle. Man könne sich keine bedeutendere Frage vorstellen. In jedem Falle es deutet, die haben wollten, daß England sich in einer solchen Zeit still verhalte und nichts tue, um einer so bedeutenden Frage regeln zu helfen. London, 12. Oktober. Der Pariser Berichterstatter des Daily Telegraph meidet, daß der Bälterbund einstimmig den Beschluß fäße über die Lösung des oberösterreichischen Problems, die den Alliierten empfohlen würde: Kleinig, Sindenburg, Tarnowitz und Buntin wüsten. Deutschland, Kattowitz, Königsgrätz Polen zugesprochen. Es sei unklar, wann und wie der Beschluß des Bälterbundes veröffentlicht wird. Es verlaute, daß General Perard in Oberösterreich die Entscheidung 48 Stunden vorher mitgeteilt werde, damit er alle Maßnahmen treffen könne, die vielleich notwendig sind, um etwaige Unruhen zu verhindern.

Die Besatzungskassen-Konferenz.

Paris, 12. Oktober. (Eigene Drahtung.) Die Konferenz, die sich mit der Verringerung der Besatzungskassen beschäftigt hat und eigentlich in Genf tagen wollte, wird, wie in politischen Kreisen verlaute, am 17. Oktober in Brüssel zusammenzutreten. Auf der Konferenz werden auch die Vereinigten Staaten von Amerika vertreten sein und es heißt, daß ihr Vertreter einen Antrag auf Verminderung der Besatzungstruppen vortragen will.

Paris, 12. Oktober. (Eigene Drahtung.) Man verlaute aus guter Quelle, daß über die Ausführung des Beschlusses des Bälterbundes bereits eine Einigung zwischen den Kabinetten von London, Paris und Rom hergestellt ist.

Die ersten Urteile im Namen der irischen Republik.

London, 12. Oktober. (Reuter.) Richter, Anwälte, Angeklagte und Publikum waren zur ersten öffentlichen republikanischen Gerichtssitzung in Dublin vereinigt. Die verhandelten Fälle betrafen Nahrungsmittelfälschung. Alle erhoben sich von den Sesseln, als im Namen der irischen Republik die Sitzung für eröffnet erklärt wurde. Einige Angeklagte erhielten schwere Bedrohungen, andere kamen mit einer Warnung davon.

Das Urteil

im Verlehter Hochverratsprozess.

Leipzig, 12. Oktober. Im Verlehter Hochverratsprozess wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: Der Schloßier Wilhelm Graf aus Verleht wegen Hochverrats zu fünf Jahren sechs Monaten Festung; wegen Verleht zum Hochverrat der Schloßier Franz Waltersbach aus Verleht zu drei Jahren Festung, der Dreher Wilhelm Döhner aus Verleht, der Schloßier Karl Diez aus Verleht, der Friseur Max Schröder aus Dörschdorf, der Ledarbeiter Wilhelm Stof aus Verleht, der Majordant Paul Dippers aus Verleht und der Schloßier Ernst Gutmann aus Verleht zu je zwei Jahren Festung, der Kaufmann Hans Nagen aus Verleht zu einem Jahr sechs Monaten Festung, der Former Erwald Schroth aus Verleht und Frau Therese Stof zu je einem Jahr drei Monaten Festung, und wegen Mordung beangigen in Gemeinschaft mit anderen, der Optiker Erich Böventhal aus Verleht zu drei Monaten Gefängnis. Freigesprochen wurde der Kaufmann Artur Thomaus aus Dörschdorf.

Den Angeklagten wird der größte Teil der erlittenen Unterjuchungszeit auf die Strafe angerechnet. Bei Vöven-

thal wird die Strafe durch die Unterjuchungshaft für verhöht erachtet. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugubilligt, da sie nicht aus ehrlöcher Gefinnung gehandelt haben und des festen Glaubens waren, einer guten Sache zu dienen.

Leipzig, 12. Oktober. Das Reichsgericht verurteilte heute den 28 Jahre alten angeblischen Hotelkäufer Hermann Unbenich aus Kahlja bei Jena, zuletzt in Darmstadt, wegen verhöhter Spionage zugunsten Frankreichs zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust unter Anrechnung von einem Jahre der erlittenen Unterjuchungshaft.

Preussischer Landtag.

54. Sitzung.

Präsident Heinert eröffnet die Sitzung gegen 11 1/2 Uhr. Abg. Herold (Ztr.) beantragt mit Rücksicht auf die oberösterreichische Frage Vertagung.

Abg. Braun (Soz.) widerspricht diesem Antrage, desgleichen die Unabhängigen und die Kommunisten. In der Abstimmung wird der Antrag Herold mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen. Nächste Sitzung morgen nachmittag 2 Uhr.

Aber die Tagesordnung entnimmt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte in deren Verlauf Minister Dominicus in Unterjuchung etwas Aufheben der Rinken namens der Staatsregierung die Bitte ausspricht, die sozialdemokratische Anfrage über seine Personalpolitik, die der Präsident ablesen wollte, doch an erster Stelle auf die Tagesordnung zu legen.

Abg. Herold wünscht die Entscheidung über diesen Punkt solange auszuschieben, bis die oberösterreichische Frage entschieden sei.

In der Abstimmung wird mit 154 gegen 118 Stimmen beschloffen, die Anfrage über Dominicus nicht zur Beratung zu stellen.

Auslands-Rundschau.

Kein Militärtrupp in Megarons. Die jerbische Gefandtschaft widerlegt in aller Form das Gerücht, wonach König Alexander daran denken soll, zugunsten seines Bruders Georg abzudanken.

Halle und Umgebung.

Halle, den 13. Oktober 1921.

Die Ortsklasse B und der Zentralauschuh Halleischer Unternehmerverbände.

Der Zentralauschuh Halleischer Unternehmerverbände bittet um Aufnahme folgender Darlegungen:

In Nr. 474 der „Saale-Zeitung“ vom 10. Oktober 1921 findet sich ein Bericht über die Tagung der deutschdemokratischen Beamten und Lehrer. In diesem Bericht ist unter anderem gesagt, daß der Reichstagsabgeordnete, Herr Deilus, auf die Schwierigkeiten hingewiesen habe, die sich der Ueberführung der Stadt Halle von der Ortsklasse B des Ortsklassenverzeichnis nach der Klasse A entgegenstellten. Es ist weiter gesagt, daß ein scharfer Protest gegen eine HöherEinstufung Halles vom Syndikus der Allgemeinen Arbeitervereinigungen für Halle und Harz in Reichstags vorgetragen wurde, und daß dieser Protest von wirtschaftlichen Verbänden unterzeichnet sei. Von diesen Verbänden sind besonders genannt: der Mittelständische Schutzverband, der Verband für die Kalkindustrie, der Verband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber. Der Inhalt dieser Notiz ist irreführend.

Ein Vorgänger Rudolf Virchows.

Ein Beitrag zur Problematik der Pathologie.

Von Dr. Max A. Werner-Galle.

(Nachdruck verboten.)

Die sentenare Wiederkehr von Rudolf Virchows Geburtstag wird nicht nur in Wertzeitschriften, sondern auch bei gebildeten Laien wieder einmal die Wunde auf den historischen Weg zurückzuführen, den die Medizin im Laufe des letzten Jahrhunderts gegangen ist. Will man freilich eine tiefere Einsicht in die Problematik der Wissenschaft gewinnen, so wird man es kaum umgehen können, bis auf das sechzehnte Jahrhundert zurückzugehen.

Wolgen auch noch mehrere medizinische Theoretiker und Praktiker beachtenswerte Entdeckungen gemacht haben, so kann doch nach der theoretischen Seite hin erst der französische Denker Descartes als der Bezeichnende werden, der aus methodologischen Prinzipien den späteren Fortschritt der Heilkunde inaugurierte. Seine Auffassung von der Maschinenatur der Leber (la bête machine) war das erste klare Bekenntnis zur mechanischen Erklärung in der Biologie. Und wie man erst seit der methodologisch-systematischen Anwendung des Atomismus von einer Wissenschaft des Anorganischen sprechen kann, so hat sich erst seit der konsequenten Durchführung des Cartesianischen Prinzipis ein kontinuierlicher Fortschritt in der Lehre vom Organischen ermöglichen lassen. Inzwischen von den Anfängen einer neuen prinzipiellen Fragestellung bis zur einseitigen allgemeinen Durchführung derselben ist es ein gar weiter Weg, selbst wenn diese besonders schwerwiegenden Welterfahrungen zu überwinden sind. Im vorliegenden Falle waren zunächst nicht allzu große Bedenken in der wissenschaftlichen Welt vorhanden, wenigstens so lange nicht, als man es vermied, die Geleise des Mechanismus auf den Menschen anzuwenden. Als aber der Arzt La Mettrie in seinem 1748 erschienenen Buche „L'homme machine“ eine kritische Durchführung der Descarteschen Lehre vollzogene, brach gegen solche überhöhte Fähigkeit ein furchtbarer Sturm los, der nur recht langsam abflaute. Die so folgenreich gewordene Stellungnahme Kant's zur Frage des Mechanismus in der Kritik der Urteilskraft (1790) ist fast anfangs sowohl in naturwissenschaftlichen, als in Wertzeitschriften fast unberührt. Der Zustand der Medizin in den ersten drei Jahrhunderten des Jahrhunderts war aus Mangel an jeder entsprechenden theoretischen Grundlage ein höchst trauriger. Selbst die großen Mediziner, wie ein Johannes Müller, unterlagen nur zu leicht den anziehendsten Hoffnungen der Vitalistik, die in der Schöpfung und seinen Schülern ihren Höhepunkt erreichte. Andere Kräfte, besonders auch die Vertreter der

Pathologie, blieben ganz innerhalb der Grenzen bloßer Empirie stehen und verachteten gar nicht, wissenschaftliche Medizin zu treiben.

Am Ende dieses hundertjährigen Treibens erschien im Jahre 1842 im Verlage der Weidmannschen Buchhandlung in Leipzig ein über 500 Seiten fasses Kompendium: Allgemeine Pathologie und Therapie als mechanische Naturwissenschaft dargestellt, verfaßt von einem jungen Dozenten der Medizin und Philosophie der alma mater Lipsiensis. In der Vorrede konnte der Verfasser nicht umhin, sich bitterlich über die vernachlässigte allgemeine Bildung der deutschen Ärzte zu beklagen, die ein „formalgebendes Schillieren zwischen mechanischen Phantasien und ebenso unbegründeten vitalen Theorien“ beizelt habe. Der selbste seiner Zeit zurück, war aber kein geringerer als der nachmals als Philosoph so berühmte geordnete Hermann Vogt.

Den Gegenstand des genannten Buches, das schon 1848 eine zweite, nur wenig veränderte Auflage erlebte, bilden die mechanischen und physiologischen Erklärungen der Krankheitsbildung. Ehe aber diese Thesen bewiesen werden konnten, mußte der junge Arzt seine Leser von manchen noch weiterbreiteten Vorurteilen zu heilen suchen, insbesondere von dem Glauben, daß das Gesehene im lebenden Körper sich von dem unleblichen physikalischen Gesehene durch die prinzipielle Verschiedenheit der Natur und Wirkungsweise der beteiligten Kräfte unterscheide. „Nur von der Anordnung der Angriffspunkte, die diesen dargeboten sind, hängt die Gefahr des letzten Erfolges ab.“ Der Grundfehler der zeitgenössischen Pathologie wird in der Verkenntung der Natur des Organischen, das nur eine bestimmte Form der Vereitigung des Mechanismus ist, gesehen. Zudem hat man es verstanden, selbst da, wo man höher medizinischer Auffassung nicht durchaus feindlich gegenüberstand, die allgemeinen mechanischen Betrachtungsweise in Beziehung zu legen zu den Verbindungsstellen der Teile und Prozesse, wie sie im lebenden Körper vorliegt.

Das Buch ist in drei Teile eingeteilt, in eine allgemeine Pathologie, Symptomatologie und Aetiologie. Nur der erste Teil hat heute noch eine hohe Bedeutung zu beanspruchen, während die übrigen Abschnitte durch die Entdeckung der zellulären Natur des Organismus und die dadurch bedingten Umänderungen in der pathologischen Auffassung veraltet gemacht werden müssen. Aber die im ersten Buche enthaltenen theoretischen Grundbegriffe der allgemeinen Pathologie und Therapie, die wenig mehr als 140 Seiten füllten, müssen geradezu eine Fundation der allgemeinen Pathologie genannt werden.

Die kritischen Auseinandersetzungen Vogts fügen zunächst eine kurze Physiologie der normalen Organismus implegite zu geben, nach einer Vorarbeit für die höhere Physiologie des tierischen Lebens des gleichen Verfassers erblid werden

kann. Es folgt eine allgemeine Mechanik der Störungen des Lebendigen, worin der Gedanke zur Behandlung gelangt, daß jeder Organismus „als offenes System“ ontologisch zur Reaktion auf kontinuierliche physiologische Störungen bestimmt ist. Weiterhin findet sich in der Pathologie die erste nachhaltige Bekämpfung des Irrtums von der Lebenskraft, ein Gegenstand, der später noch wiederholt, besonders in dem Einleitungsartikel zu Vogt's physiologischen Handbuche ausdrücklich erörtert worden ist und zweifellos zum Glaubensbekenntnis der Gegner des Vitalismus erhoben wurde. Geradezu klassisch verdienen die Ausführungen über Verbreitung und Krise der Störungen, sowie die allgemeinen Grundzüge der Therapie genannt zu werden, Darlegungen, in denen der Verfasser wirklich hält, was er in der Einleitung verspricht, wenn er es als sein Programm aufstellt, die Bildung des Urteils über diesen Kreis der Naturwissenschaften zu fördern.

Die Methode Vogts in der Pathologie ist eine nachsichtig streng systematische. Im ersten Kapitel des ersten Buches wird lediglich unter Voraussetzung allgemeiner Kenntnisse des Lebens eine Art von Störungstheorie „nach rationalen Grundrissen“ bezügelt. Das zweite Kapitel bringt die so gewonnenen allgemeinen Erkenntnisse in Beziehung zu den gegebenen Verhältnissen des Körpers, und erst das letzte Kapitel der Pathologie äußert sich zusammenfassend über das Wesen der Krankheit.

Bei aller Strenge der medizinischen Orientierung, die sich so an der Natur abhebt, verzieht der spätere Verfasser des Mikrokosmos nicht, bei geeigneten Gelegenheiten, „auf den Sinn und die Bedeutung, den Wert, den Zweck dieses ganzen Gesehens, welches wir Leben und Krankheit nennen“, aufmerksam zu machen: Dem Mechanismus ordnet sich so zu seiner Zeit die teleologische Betrachtungsweise, wie später überall bei Vogt, aber.

Wir müssen es uns hier verzeihen, noch ausführlicher dem Pathologen Vogt zu folgen, was wir uns so sehr bedauern, als später aber dem Philosophen der Medizin vergessen wurde. Hat doch, soweit meine Kenntnisse reichen, kein Seiten ein Historiker der Medizin des 19. Jahrhunderts behauptet, daß sich jetzt seiner keine hohe Bedeutung als Pathologie gebührend gemüßigt hat.

Wenn in diesen Tagen mit Zug und Recht Rudolf Virchow als der Begründer der heutigen wissenschaftlichen Medizin gefeiert wird, wenn seine auf der Entdeckung der zellulären Natur der Organismus durch Schleiden und Schwann gegründete Zellulärpathologie als eine wissenschaftliche Erobtat allerersten Ranges gerühmt wird, so darf eine gewisse Würdigung der Genese unserer heutigen Weltanschauung aus der Bescheidenen Mannes nicht verzeihen, dessen theoretische Erobtat erst die Erfolge des glücklichen Rodolgers ermöglichte.

7. Biersteuer Ausgleich, 25.000 Mk., 3000 Wiener.
1. Platz (Unruh), 2. Rischböck, 3. Elzang. Tot: Stg 72.
19. 19. 28, 2.10. Ferner Hefen Floret, Rosmarie, Zofion,
Hühnung, Jacquin.

Vermischtes.

Knappiel zu den mitteleuropäischen Unruhen. In Grant-
art A. B. begann vor dem Schmutzgericht der Prozess gegen
jedes Angeklagte, die beauftragt sind, während der Unruhen
in Mitteleuropa den Versuch unternommen zu haben, das
Kaisertum durch den Brand zu zerstören. Es wurde eine Menge
Befehle, die beauftragt sind, während der Unruhen in Mitteleuropa
den Versuch unternommen zu haben, das Kaisertum durch den Brand
zu zerstören. Es wurde eine Menge Befehle, die beauftragt sind,
während der Unruhen in Mitteleuropa den Versuch unternommen
zu haben, das Kaisertum durch den Brand zu zerstören.

Im Prozess Sembringer dürfte nach der „B. Z.“ der
Berliner Staatsanwalt gegen das Urteil, wonach Frau
Sembringer 2 1/2 Jahr Gefängnis und Probe 5 Jahr Zucht-
haus zurückerhalten wurden, Revision einlegen.

Eine vereitelte Goldfälschung. In Preußisch-Stargard
in Pommern wurde ein polnisches Militärflugzeug mit
seiner Motorhaube zum Landen gezwungen. Hierbei wurde
Gendarmen, denen das Verhalten der Injassen verdächtig
vorkam, untertand den Apparat und stellten zu ihrer
Überprüfung fest, daß es eine große Summe Gold enthielt.
Die Injassen wurden verhaftet. Das Gold sollte, wie das
nachfolgende Verhör ergab, nach Warschau verschoben werden.
Die Verhafteten sind Generalleutnant Stanislaw Skarzynski
von der Belaroditsch-Armee und zwei polnische Ser-
geanten.

Neue Bürger der Vereinigten Staaten. Die Zahl der Ita-
liener, die im August in den Vereinigten Staaten von Amerika
das Bürgerrecht erworben haben, beläuft sich auf 1028.
Die Deutschen, die früher an der Spitze gestanden haben, blieben mit
825 dahinter.

Die Ehefrau des Milliardärs. Den Hauptgesprächs-
punkt in der amerikanischen Gesellschaft bilden gegenwärtig
die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Industriemil-
lionär Harold M. McCormick, dem Chef der großen Internatio-
nalen Harvester Company, und seiner Gattin, der Tochter
John D. Rockefeller's. Das Ehepaar ist dieser Tage in zwei
Sonderzügen in Chicago angekommen, und Mr. McCormick
hat sich gleich nach seinem Landsturz begeben, während
seine Frau die Stadtmotorschau aufgesucht hat. Mr. McCormick
hat versucht, das Gerücht zum Stillwerden zu bringen, in-
dem er eine kurze und nüchterne Verlautbarung erließ, die
mitteilte, daß die Nachricht, er und seine Gattin lebten ge-
trennt, auf Unrecht beruhe. Seine Gattin dürfte er damit
nicht erreicht haben, so sehr er bemüht ist, die Richtig-
keit dieser Angabe nachzusehen. Die Frau des Mil-
liardärs hat acht Jahre lang fast ununterbrochen in der
Schweiz gelebt, wo sie sich unter der Leitung von Dr. Karl
Lung in Zürich mit dem Studium der „Synthetischen
Psychologie“ befaßt hat. Jung und einer seiner Schüler
haben sie auch nach den Vereinigten Staaten begleitet. Hier
will sie in ihrem Haus in Chicago eine Klinik errichten, in
der Neurolepten aller Art mittels der synthetischen
Psychologie wieder der Gesundheit und dem Glück zugeführt
werden sollen. Damit scheint Herr McCormick nicht ein-
verstanden zu sein, obwohl seine Gattin versichert, ihr eheliches
Verhältnis habe unter diesen ihren Neigungen nicht gelitten.
Wie sie behauptet, hat sie in ihrem Ehemann, den Geist zu
erziehen, einen unerschöpflichen Weg zum Glück gefunden.
„Der menschliche Geist“, so lekt sie auseinander, „gleicht
einem Haus; die Gedanken sind der Hausrat. Wankendes
darauf ist unheimlich geworden, mit Staub bedeckt, und
gerodet. Wir räumen auf und säen es fort, und im Geist
ist alles wieder in Ordnung.“ Es ist also doch
hier, wie in vielen anderen Fällen, das Großartigmachen,
das die Ehegatten auseinander gebracht hat.

Der reiche Mann wagt sich ins Kloster! Der Fidei-
commissarische und Aufwandsratsvorsitzende der Maschinenfabrik
Rigsburg-Blumberg, Freiherr von Cramer-Mitt, der sich
während der Kriegsjahre in die Armeedienst begeben, und
zwar zum französischen Eisenwerk-Dobru bei Karlsruhe.
Um seine Mutter los zu werden, hat in München ein rüh-
riger Klemmerlehrling die bei der Polizei des Landes
Schuldiat. Auf seine romantische Aussage, daß seine Mutter einen
besseren Herrn erzmordet und in einer Riesebrücke vergraben
und ihm zuvor 3000 Mark geraubt habe, wurde die Frau verhaftet.
Nachdem die Riesebrücke ohne Erfolg durchsucht worden war,
gehandelt der Junge, daß er alles nur erfinden habe, um seine Mutter
los zu werden.

Abstehender Sturm hat in Petersburg große Verheerungen
verursacht. Das Wetter ist 9,5 über Mittelmaß gestiegen.
Sonne strahlte hellen unter Wolken. Aufsteigende Häuser sind
zusammengefallen; auch Versteirer an Menschenleben sind zu
verzeichnen.

Aus Liebe in den Tod. Wie der „Lof.-Anz.“ aus Essen
meldet, wurde bei Werben auf dem Eisenbahngleis ein
speziell vermitteltes Liebespaar aufgefunden, das mit
Schildern aneinandergebunden war. In einem hinterlassenen
Erbemittel hatten beide, in einem Sarge gemeinsam beerdigt
zu werden.

Der Hamburger Zeitungswesen hat eine weitere
Beschränkung erfahren. Die Abonnenten der bürgerlichen Blätter
erhielten das von bürgerlichen Zeitungen gemeinsam heraus-
gegebene Organ gelesen, das sich nicht mehr zugestell.
Wie die Dena erzählt, soll ein großer Teil seiner Blätter an
überschüssigen Stellen in die Äster geworfen sein.

Neuunterwerfungen von Depots. Beim Brom-
berger Amt zur Belämpfung des Wuchers und der Spekulation
waren viele Millionen Mark hinterlegt worden, die von
Wuchern und Schmezzeln als Kaution gefaßt worden
waren, damit sie aus der Haft befreit würden. Diese Gelder,
sogenannte „Afferrate“, sind nach dem D. Bndg. auf unerläß-
liche Weise verschwendet. Der bisherige Verwalter des Amtes,
Richter Wegmann, ist seines Amtes entbunden worden.

Die diesjährige Fremdenaktion war für Bayern die
denkbar beste. Die Fremdenverkehrsämter wurden voraus-
sichtlich anderthalb Millionen erreichen, wenn nicht überleben.
Auch für das nächste Jahr, das Jahr der Gewerbetätigen
und des Obermergerwerkes, scheint eine Fremden-
zunahme bevorzustehen, die die von 1921 noch in den Schat-
ten stellen dürfte.

Die Schmuckkäufe der deutschen Fürsten in Schweden.
Die „Tribüne“ erzählt, finden zuerst in ganz Scandi-
navianen Kaufensaufkäufe von Schmuckstücken und Juwelen
hat. Besonders Interesse für die Käufer haben die
zahlreichen Schmuckkäufe der ehemaligen deutschen Fürsten.
Die „Tribüne“ erzählt haben will, zum größten Teil
in dem Besitz der schwedischen Banken liegen sollen. Bis
zu kurzem sollen dort auch die Juwelen des Königs von
Dänemark gelegen haben, bis sie nach Mittelland des
Blattes jetzt für drei Millionen Kronen verkauft wurden.
Aber die Juwelen der bayerischen Königsfamilie, die sich

ebenfalls in Stockholm befinden sollen, laufen, wie es heißt,
jetzt Verhandlungen mit einem amerikanischen Händler, der
jedoch noch nicht abgeschlossen sind.

Ein Arzt traf eines Tages einen Quadriple, der
großen Zulauf hatte. „Wie machen Sie das?“ fragte ihn
der Arzt. „So geht es tüchtig und habe nicht halb so viele
Patienten wie Sie.“ — „Bevor ich antworte“, entgegnete
der Quadriple, „möchte ich Ihnen eine Frage stellen. Sie
sind in der besten Lage Straße Amsterdams. Wie viele
Menschen gehen wohl täglich an Ihrem Hause vorbei?“
— „Sieht tausend.“ — „Und wie viele von diesen tausend
haben wirklich geundeten Menschenverstand?“ — „Je nun,
wenn's hoch kommt, hundert.“ — „Sehen Sie, Herr Doktor,
da haben Sie die Antwort. Diese hundert sind Ihre Kun-
den, die übrigen sind meine.“
(Sagliche Courtain.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Hildebrandtsche Mühlenwerke A.-G. in Söllberg-Halle.

Im Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr wird
ausgeführt: „Wie in den zurückgegangenen Jahren, so
waren wir auch im vorliegenden Berichtsjahre gegen Ver-
gütung des Maschinenbesitzers beschäftigt. Das Gewinnergebnis
ist als befriedigend zu bezeichnen. Im wesentlichen hat
hierzu die erhebliche Erparnis durch Stilllegung der
Stadtmühle wegen ungenügender Beschäftigung, sowie die
zeitweise Umstellung des Betriebes in Söllberg beigetragen.
Ferner kamen uns die namhaften Einnahmen und der
Ertrag einiger nutzbringender Nebengeschäfte zugute. Nach-
dem mit Beginn des neuen Geschäftsjahres ein Teil des Brot-
getreides der freien Wirtschaft überlassen worden ist,
haben wir den Betrieb der Stadtmühle wieder
aufgenommen.“

Unter Effektenbestand wird hier angegeben bis auf
125.000 Mk., die zur Hinterlegung einer Sicherheit be-
nötigten, abgehoben.

Die in der außerordentlichen Generalversammlung vom
15. April 1921 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals um
1.000.000 Mk. ist durchgeführt, der dabei erzielte Ueber-
schuß zur Auffüllung des gesetzlichen Reservefonds benutzt
und der Rest dem Extrarücklagefonds zugewiesen worden ist.

Zu der Bilanz bemerkten wir, daß in Söllberg 10.117,83
Mk. auf Gebäude-Konto, 16.246,01 Mk. auf Maschinen-
Konto, 3736,67 Mk. auf Dampfanlage-Konto, in der Stadt-
mühle 1738,25 Mk. auf Gebäude-Konto und 4086,58 Mk.
auf Maschinen-Konto zur Abschreibung gelangten. Bahn-
anschluß-Konto, Pferde- und Wagen-Konto, Leih-Konto,
Mobilien-Konto und Automobil-Konto stehen unverändert
mit je 3 Mk. zu Buche.

Der Reingewinn beläuft sich auf 1.324.172,10 Mk.
Stieron sind 4 Proz. Vorzugsdividende auf die alten Aktien
mit 80.000 Mk., 2 Proz. Vorzugsdividende auf die jungen
Aktien mit 20.000 Mk., die Tantiemen mit 244.834,50 Mk.,
und die Aufwandsentschädigung für den Aufsichtsrat mit
12.000 Mk. vorweg abzuführen. Es verbleiben alsdann
967.337,60 Mk., über welchen Betrag zuzüglich des Gewinn-
vortrages aus dem Jahre 1919/1920 von 31.365 Mk., zu-
sammen 998.702,60 Mk. die Generalversammlung zu ver-
fassen hat.

Der Antrag der Verwaltung geht dahin, aus dieser
Summe 150.000 Mk. für Steuern, 150.000 Mk. für Ver-
waltung, 100.000 Mk. für die Betriebsbedarfsmittel, 100.000
Mk. für Beschaffung eines Laifautos, 6000 Mk. für Talon-
steuer zurückzusetzen, von dem Reste von 492.702,60 Mk.
weitere 18 Proz. Superdividende auf die alten Aktien,
9 Proz. Superdividende auf die jungen Aktien, im Ganzen
110.227,03 bzw. 110.227,03 Mk. Dividende zu verteilen und
42.702,60 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Wenn die Generalversammlung unserem Antrage
beizutritt, wird sich die Gewinnerteilung wie folgt gestalten:
Reingewinn pro 1920/1921 1.324.172,10 (im Vorjahre
392.325) Mk., 4 Proz. Dividende auf die alten Aktien laut
Statut 80.000 Mk., 2 Proz. Dividende auf die jungen Aktien
laut Statut 20.000 Mk., Tantiemen 244.834,50 Mk., Auf-
wandsentschädigung für den Aufsichtsrat 12.000 Mk., ver-
bleiben 967.337,60 Mk. Hierzu Gewinnvortrag aus 1919/20,
31.365 Mk. Daon Rückstellung für Steuern 150.000 Mk.,
Rückstellung für Verwaltungsverwaltung 100.000 Mk., Rückstellung
für Beschaffung eines Laifautos 100.000 Mk., Rückstellung für
Talonsteuer 6000 Mk., 18 Proz. Superdividende auf die alten
Aktien 360.000 Mk., 9 Proz. Superdividende auf die jungen
Aktien 90.000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 42.702,60
Mk.

In der Bilanz erscheinen Effekten 183.376 (im Vorjahre
687.845) Mk., Waren 360.850 (127.516) Mk., Schulden
229.126 (217.311) Mk., Bankguthaben 3.619.761 (1.805.797)
Mk., Kreditoren sind mit 298.964 (844.405) Mk. ver-
zeichnet.

Halle-Hettstedter Eisenbahn-Aktiengesellschaft.

Mittheilung nachmittags fand im Hotel „Stadt Hamburg“
die obenbenannte Generalversammlung der Halle-Hettstedter
Eisenbahn-Aktiengesellschaft statt. Es wurde von Herrn Ge-
heimrat Rammertgen Dr. Heinrich Schumann geleitet. An-
wesend waren 6 Aktionäre, die ein Aktienkapital von 1.747.000
Mark vertreten. Nachdem der Vorsitzende die Änderungen zum
Geschäftsbericht gelesen hatte, der beiläufig mit Verlust
abschließt, so daß keine Dividende verteilt werden kann, wurde
das Rechnungswert genehmigt und Entlassung erteilt.

Der Vorstand der Gesellschaft, Herr Justizrat Garg-
low, berichtete sodann über die Aufnahme eines Dar-
lehens, das der Gesellschaft die Mittel geben soll, den Be-
trieb der Bahn in Ordnung zu halten. Eine Bereinigung
der Strecken hat ersehen, daß der Ueberbau vielfach aus-
gewechselt werden muß, daß die Neuanschaffung von Schienen
sowie eine Vergrößerung der Weite und eine Ver-
mehrung des Schienenverkehrs nötig ist. Demnach werden sich
einige kleinere Ausgaben als erforderlich, z. B. eine Anlage
zur Schienenreinigung mit Wasser in Gerstede. Wenn alle
diese Ausgaben erfüllt werden sollen, hat man jetzt noch einen
Bedarf an Mitteln in Höhe von sechs Millionen Mark be-
zogen. Ueber die Aufnahme des Darlehens ist noch kein Ent-

schluß gefaßt, aber es ist Ausmaß, daß der Gesell-
schaft die nötigen Mittel zur Anschaffung von Betriebsvor-
räten, Beschaffung von Oberbaumaterial, Schienen, Locomo-
toren und zum Anlauf eines Grundstückes zur eventuellen
Neueinrichtung der Weitekraft zur Verfügung gestellt werden.
Ob man die Weitekraft an der letzten Stelle beläßt und durch
Anlauf eines Grundstückes erweitert, oder ob man sie verlegt,
ist noch eine Frage, die der Entscheidung wart. Ebenfalls
ist es sehr erwünscht, daß die Weitekraft wird. Die Maß-
nahmen dort sind gut, aber die Räume in der Turnstraße sind
doch recht beschränkt, so daß ein rationelles Arbeiten im vollen
Umfange nicht möglich ist. Wir haben Locomotiven zur Re-
paratur nach auswärts gehen müssen; das kostet aber sehr
Hunderttausende. Ein Darlehen in der vollen Höhe von
6 Millionen anzunehmen, erscheint überzogen nicht notwendig.
Wir wollen uns mit einer Summe bis zu 3,5 Millionen
Mark begnügen. Und da haben wir die bestimmte Aussicht,
das Geld zu vielleicht 6 Prozent (seit 1932 zu erhalten).

Der Vorsitzende, Herr Geheimrat Schumann, fügte noch
hinzu, daß Angebote über die Vergabe eines Darlehens in
Höhe von 3,5 Millionen bereits vorliegen. Eine Berliner
Gesellschaft sollte das Geld geben.
Die Aufnahme des Darlehens wurde daraufhin einstimmig
beschlossen. Neu wurde in den Aufsichtsrat Herr Direktor
Hilgendorff-Berlin gewählt; die Wahl hängt zusammen mit
der Aufnahme des Darlehens.

Erweiterung der Kaiser Braunkohlenwerke. In-
läufig hat eine Aufstufungsfrage der Kaiser Braun-
kohlenwerke stattgefunden, in der wichtige Beschlässe grund-
sätzlicher Natur gefaßt wurden. Es handelt sich nach den
Täglichen Berichten über die Petroleum-Industrie“ hier-
bei um eine beträchtliche Erweiterung der bekanntlich vom
König der Deutschen Erdöl- u. G. gehörigen Kaiser
Werke durch Angliederung mehrerer wertvoller Braun-
kohlenunternehmungen. Die Unternehmungen, die hier in
Betracht kommen, sind erstens der gesamte Besitz des Ver-
trags mit und des wegen seiner ausgezeichneten Kohlen-
qualität und Lagerungsverhältnisse bekannten Werkes
Sennar in Gießhübel, die beide der Vereinigten
Kohlen- u. G. in Dresden gehören, und zweitens der ge-
meinschaftliche Besitz des Dürer Kohlenwerkes, der zwischen
den gleichfalls zu König gehörigen Braunsdorfer und
Wiesinger Terrains liegt. Ueber die Form der Vereinig-
ung sowie über alle sich daran anschließenden Detailsfragen
wird eine neue Aufstufungsfrage noch zu beschließen
haben die vor der voraussichtlich in der ersten Hälfte des
Monats November stattfindenden Generalversammlung
tagen wird, die nach der gleichen Quelle auch über eine
entsprechende Kapitalerhöhung zu beschließen haben wird.

Neue Erhöhung der Frachttarife. Die an der Eisen-
bahnen beteiligten Schiffahrtsgesellschaften haben sich ge-
einigt, die Frachttarife, infolge der Anhaltens des ungenügenden
Wassers und der starken Nachfrage nach Schiffraum die
Frachttarife in der Eisenbahn bedeutend zu erhöhen,
und zwar nach den Stationen der Mittelsee um 2,05 Mk.
und nach den Stationen der Obersee um 2,55 Mk. bis 3,80
Mk. je 100 Rik. Die Frachttarife in der Mittelsee sind
von Stettin aus nach Libau und Riga mit Wirkung
vom 10. d. M. ab um 25 Proz. erhöht worden. Nach Hel-
singsfors tritt vom 25. November ab der Winterszuschlag ein,
der 33 1/2 Proz. beträgt.

(Wiederholt, da nur in einem Teile der Auflage.)

Neues Industrie-Unternehmen. Auf zeitigen Anteil
in der Nähe der Hallesche Angermünde plant die neu-
gegründete Berliner Holzgewerkschaftsgesellschaft Wulff und
Schwarze die Erhebung eines großen Schöpfwerkes. Später-
stens im Frühjahr soll das Unternehmen in Betrieb genommen
werden. Sozial man hier, kommt ein 10 Sägeratter zur Auf-
stellung. Die Gesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von
vorläufig 7 Millionen Mark. Vorsitzende des Aufsichtsrates
sind Hofmeister Dr. Ebersbach und ein holländischer Bank-
direktor; dem Aufsichtsrat gehören u. a. an der bekannte
Großenhain-Größhain'sche Heinrich Edmann in Halleschen und
Sergo Ernst Wolf zu Mecklenburg-Dobruer (der Schwieger-
sohn des Fürsten Reuß j. L.). Aktionäre sind u. a. ver-
schiedene Hofmeister.

Produktionsbericht.

Berlin, 12. Okt. (Telegramm.) Die scharfe Aufwärts-
bewegung der Devisenkurse hatte am Produktionsmarkt
eine beträchtliche Preissteigerung für einzelne Artikel zur Folge.
Das Geschäft war eng begrenzt, weil wegen des israelitischen
Festtages der Markt nur sehr schwach besucht war. Die
erhöhten amerikanischen Preise für Weizen und Mehl wirkten
gleichfalls preissteigernd. Ramentisch zog Mais im Preise
an, dann aber auch Hafer, zumal inländisches Angebot wegen
der Feldarbeiten fehlte. Weizen wurde wenig umgesetzt. In
Hoggen konnte die starke Kaufkraft bei weitem nicht befriedigt
werden. In allen Futtermitteln zeigte sich viel Nachfrage bei
geringem Angebot. Von Mehl hatten sich namentlich die
aus ausländischen Weizen hergestellten Qualitäten höher.

Umlage Produktionsnotierungen.

Berlin, 12. Okt. (Telegramm.) Weizen märkischer
235—235, fester. Roggen märkischer 187—189, höher. Hafer
märkischer 193—196, fest. Mais La Plata mittel bei un-
genügender Forderungen. Alle anderen Artikel geschäfts-
los ohne Notierung.

Rauschmittelpreise.

Berlin, 12. Okt. (Telegramm.) Weizen-
und Roggenstroh drahtpreisig 25—28. Haferstroh dito 28 bis
31, feilgebündeltes Stroh 19—21, dito Langstroh 22—24.
Weizenheu gut, gelund und trocken Vormarsch 72—78, Nach-
marsch 65—71, gelund und trocken 55—61. Kleehen 90 bis
100, alles ab Stationen.

Metallnotierungen. Berlin, 12. Oktober. (Telegr.)
Stahlnamen Kupfer 98—99proz. 3200—3250. Erz- u. G. Hütten-
werkstoffe 1175—1250. Erz- u. G. Hüttenwerkstoffe in freien Betrieben
1300—1400, ab D. H. G. H. B. 1280. Rameit
Blattensitz 1000—1050. Erz- u. G. Hütten- u. Aluminium 98—99proz.
(in gebrochenen Blöcken) 4950—5050. Erz- u. G. Hütten- u. Aluminium
(in Halbbrüst oder Drahtformen) 5150—5250. Zinn (Banca,
Strait, Austral) 7800—8100, Zinnzinn mindestens 99proz.
7900—7900. Zinnzinn 98—99proz. 6500—6600. Antimon
1225—1275. Elber in Barren ca. 900 sein für 1 Rg.
2900—2700. Elektrolytkupfer (per 100 Rg.) 3735.

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Kommunalpolitik:
Eugen Brinkmann, für Justiz und Religion: Maximilian
Schwamminger, für Lokales, Gericht und Vermischtes:
Dr. Karl Beer, für Sport und Kunst: Carl Graf, für den
Auslandsteil: A. Reineke.
Verlag und Druck: Carl Neubauer, C. M. & S.